



...nur einer lächelt

Der giftige Assad, der bombende Trump, der schweigende Putin und der lächelnde Xi Neues aus Wall Street und vom Rest der Welt (April 2018)

Von *Helmut Roewer*

Es sind verwirrende Nachrichten, die auf den Beobachter innerhalb einer einzigen Woche einstürzen: In Syrien vergiftet der syrische Präsident Baschar al-Assad am 7. April auf dem von ihm beherrschten Territorium eine Menge Leute mit Nervengift, alle Wohlmeinenden sagen, dass es mit dem Mann nun genug sei, und in der Nacht vom 13. auf den 14. April 2018 fliegen US-Kampfflugzeuge einen Angriff auf zwei Ziele in Syrien. Sodann erklärt der US-Präsident, dass keine weiteren Luftschläge erfolgen werden.

Diese absurden Nachrichten sind nur dann zu verstehen, wenn man den Blick auf die Innenpolitik der USA fokussiert. Dort ist von der Anti-Trump-Fronde die nächste Runde im Kampf gegen den US-Präsidenten eingeläutet worden. Es ist eine Art zweiter Brennsatz in der Rakete zum beabsichtigten Impeachment, dem Amtsenthebungsverfahren.

Der Leser erinnert sich: Gleich nach der Wahl von Trump zündeten dessen Gegner die erste Brennstufe. Ihr Inhalt war die Behauptung, Trump habe sich durch ein vorsätzliches illegales Zusammenwirken mit dem Weltbösewicht Wladimir Putin die Präsidentenwahl erschlichen. In der noch verbleibenden Amtszeit des scheidenden US-Präsidenten Barack Obama wurden die notwendigen Installationen getroffen, um die Exekutive (FBI, CIA, NSA) gegen Trump in Stellung zu bringen. Hieran wird kaum jemand etwas einzuwenden finden, wenn denn am Vorwurf etwas dran gewesen wäre, man könne die Präsidentschaft der USA durch einen Deal mit Moskau erwerben. Nun stellte es sich aber spätestens im Verlauf dieses Frühjahrs heraus, dass die Basisdaten für den Vorwurf keineswegs der Wirklichkeit entsprachen, sondern einem Fake-Gutachten aus dem Lager von Trumps demokratischer Gegenkandidatin Hillary Clinton entstammten. Von dort kam auch das schöne Geld, um Trump und seine Leute anzuschwärzen.

Diese für die Anti-Trump-Fronde so unerquicklichen Enthüllungen stammten im wesentlichen ausgerechnet aus dem Munde des von ihnen installierten Sonderermittlers, des Ex-FBI-Chefs Robert Mueller. Zwar erhob er im März 2018 Anklage gegen ein gutes Dutzend Russen wegen des Vorwurfs, die Wahlen manipuliert zu haben, doch einen Zusammenhang mit Trump & Co schloss er definitiv aus.

Nun hätte man denken können, dass er daraufhin von seinem Posten zurücktrat. Doch das tat er nicht. Am 12. April 2018 stellte sich heraus, warum nicht. An diesem Tag durchsuchte eine Field Unit des FBI die Kanzleiräume von Trumps persönlichem Anwalt in New York City. Die FBI-Leute wurden nicht im Auftrag von Sonderermittler Mueller tätig, sondern lediglich auf dessen Veranlassung, wie es feinsinnig unterscheidend hieß, denn Mueller hatte im Verlauf seiner nun schon seit einem Jahr andauernden Untersuchungen etwas herausgefunden, wofür er nach eigenem Bekunden gar nicht zuständig war. Es

handelte sich hierbei um ein mögliches Zusammenwirken von Trump und seinem Anwalt in einem nun schon Jahre zurückliegenden Gerichtsverfahren, in welchem Trump die Unwahrheit gesagt haben soll.

Zunächst und für den deutschen Leser vorab: Wer in den USA als Partei vor Gericht erscheint und sich dort als Zeuge vernehmen lässt, was üblich ist, muss die Wahrheit sagen. Er macht sich sonst wegen Behinderung der Justiz oder Schlimmerem strafbar. Im konkreten Fall ging es, na raten Sie mal, um das unsittliche Befingern von zwei Frauen, was Trump abgestritten hatte.

Der Leser sagt: Moment mal, das kenne ich doch. Richtig, seit dem Staatsgründer Thomas Jefferson, der über Sklaverei lamentierte und sich gleichzeitig im Bett die Füße von seiner Negersklavin wärmen ließ, über Abraham Lincoln, dem ähnliches nachgesagt wird, Franklin Roosevelt, bei ihm war es die Sekretärin seiner Frau, Ike Eisenhower, er hatte eine attraktive britische Chauffeurin, John F. Kennedy, bei ihm lohnt die Aufzählung nicht, und Bill Clinton gab es im freiesten Land der Welt mit den Frauen, die nicht die Ehefrauen der Präsidenten waren, stets Probleme. Sie wurden allerdings erst bei Bill Clinton zur Staatsaffäre, weil er in einem an Groteske kaum zu überbietenden Gerichtsverfahren den Geschlechtsverkehr mit einem im Weißen Haus beschäftigten Parteihäschen abgestritten hatte (er hatte lediglich seine Zigarre eingesetzt). Man erspare mir weitere Einzelheiten. Sie sind im Starr-Report nachzulesen.

Das Impeachment gegen Clinton unterblieb. Das ist bekannt. Es unterblieb nicht, weil er nicht gelogen hatte, sondern weil Umfragen ergaben, dass die Republikaner, die seinerzeit die Kampagne gegen Clinton betrieben, aus diesem Tun bei den kommenden Zwischenwahlen keinen Profit würden schlagen können. Wenn man diese Erkenntnisse nun auf Trump als Delinquenten anzuwenden versucht, kommt man schnell ins Kaffeesatzlesen. Die Wählerschaft mit dem Argument gegen Trump zu mobilisieren, dass der Bösewicht ein Weiberheld ist, dürfte dessen weißen Stammwähler jedoch kaum schrecken, und dass die – nennen wir sie mal – effemierte Ost- und Westküstenelite die Wahlen nicht zu entscheiden vermag, müsste sich seit November 2016 rumgesprochen haben.

Aber etwas anderes wirkt störend in dieses Bild hinein: Sonderermittler Mueller hat eindeutig in eine Richtung ermittelt, die ihn nichts anging. Sein Auftrag war die behauptete russische Einflussnahme auf das Trump-Team, nicht der Jahre zurückliegende Geschlechtsverkehr des heutigen Präsidenten. Er ermittelte offensichtlich nach dem Motto: Irgendwas wird schon gewesen sein. Dass es ausgerechnet den persönlichen Anwalt des Präsidenten traf, ist ein bislang einmaliger Fall in der Geschichte der USA. In Deutschland würde man von einer unzulässigen Ausforschungsdurchsuchung sprechen. Doch selbst, wenn das Verfahren in den USA unbeanstandet bleiben sollte, an allen Ecken und Kanten blickt das Motiv der Retourkutsche hervor, denn exakt dieser persönliche Anwalt hat es seit Wochen und Monaten zu vermeiden verstanden, dass Trump vor Mueller zum persönlichen Verhör erscheinen musste. Jetzt ahnt man auch, warum. Mueller hatte offenbar vor, Trump zu sachfremden Sachverhalten zu vernehmen, was in den USA als die Krone der Juristenkunst in gerichtlichen Verfahren gilt, um den Vernommenen zu Lügen zu provozieren.

In welchem Zusammenhang gehört diese wirre Geschichte? Wie so häufig gibt der Council on Foreign Relations (CFR), der Generalstab des Großen Geldes, die Antwort. Die USA befänden sich, so lese ich in deren jüngstem Vereinsblatt *Foreign Affairs*, seit Trumps Amtsantritt in einer heiklen, sich zuspitzenden Situation, da Trump den Welthandel behindere, Russland wegen der Krim nicht in die Stiefel gestellt und den Mittleren Osten nicht unter Kontrolle habe, geschweige denn den Herausforderungen durch die Chinesen

gewachsen sei. Das sind viele Defizite auf einmal. Und: Trumps America-first-Politik müsse und werde zusammenbrechen. Sein erstes Amtsjahr sei lediglich unverdientes Glück.

Wer sagt so etwas? Es sind diejenigen, die befürchten, durch Trumps nationale Wirtschaftspolitik etwas zu verlieren. Deren Think Tank CFR hat es ausrechnen lassen, die Zahlen sprechen für sich: Es sind ca. 500 US-zentrierte international tätige Konzerne, die im Jahre 2017 ca. Zweitausendsechshundert Milliarden US-Dollar an Gewinnen über globale Steuersparmodelle am US-Fiskus vorbeimanipuliert haben. Dabei haben sie nicht nur in den USA keine Steuern bezahlt, sondern nirgendwo. An deren Spitze der Elektronik-Gigant Apple, der nun durch Steuer- und Zollandrohungen in die Spur gezwungen werden soll.

Hierum geht es in nuce. So ist auch das weitere Trommelfeuer der Mainstreammedien zu verstehen, die sich mit Masse in den Händen derjenigen befinden, denen Trump den internen Wirtschaftskrieg angesagt hat. Trifft sich Trump beispielsweise auf einem Gipfel am 19. Juni 2017 mit den Wirtschaftsbossen im Weißen Haus und sitzt am Tisch der Chef von Amazon Jeff Bezos dabei, so sitzt auch der Eigentümer der *Washington Post* mit am Tisch, denn das einflussreiche Politorgan gehört ihm.

Interessant ist nun, wie Trump das schwere Feuer, das ihm entgegenschlägt, pariert. Er hat sich, so will es mir vorkommen, zur Taktik des Nimm-ihnen-den-Wind-aus-den-Segeln entschieden. Dieser Eindruck wird anhand der folgenden Beispiele beschrieben: Jerusalem-Politik, russische Vermögen eingefroren, Syrienschlag.

(1) Zu Trumps unerwarteten Entscheidungen gehörte seine Ankündigung im Dezember 2017, Jerusalem als israelische Hauptstadt anzuerkennen. Für diese Maßnahme gab es keinen außenpolitischen Grund. Sie war vielmehr eine Geste in Richtung der jüdischen Lobby, die in den USA eine eigenständige Größe, insbesondere durch ihren Einfluss auf die US-Medien ist. Die Irritation dort war bemerkbar. Sie setzte sich als schwächeres Echo nach Deutschland fort. Hier wie dort fiel schwer, auch in diesem Fall die Anti-Trump-Melodie zu spielen.

(2) Der Russland-Konflikt ist komplizierter. Veranlasst durch den als Berater tätigen Ex-US-Botschafter Richard Burt war bereits im Wahlkampf 2016 zu erkennen, dass Trump den Russland-ist-unser-Feind-Kurs der Obama-Regierung nicht fortzusetzen gewillt war. Dem versuchte der US-Kongress bald nach Trumps Amtsantritt einen Riegel vorzuschieben. Der Countering America's Adversaries Through Sanctions Act (Gesetz zur Bekämpfung der Gegner Amerikas durch Sanktionen) vom 2.8.2017 (H.R. 3364) sollte Trump gegenüber jeder Geste des Ausgleichs mit Russland die Hände binden. Diese auf einen verschärften Wirtschaftskrieg hinauslaufende Gesetzgebung, die auch einen Waffengang nicht ausschließen will, wurde von Trump nicht gerade mit Eifer umgesetzt. Seine nun im April 2018 gegenüber russischen Oligarchen verhängten Vermögensbeschlagnahmen in den USA sind völkerrechtswidrig. Sie können sich aber auf die vorgenannte US-Gesetzgebung stützen, die bekanntlich keine Rücksicht auf das Völkerrecht nimmt, das US-Interessen zuwiderläuft. Die jetzt überraschend ergriffenen Maßnahmen sind eine Reverenz an die anti-russische Politik der US-Gesetzgebungsorgane, ohne mit dem Wirtschaftskrieg ernst zu machen. Der Kreml schweigt dazu (und auch dazu, ob das Vorgehen gegen speziell diese Leute mit ihm abgestimmt erfolgte), und die US-Medien wissen nicht, was sie sagen sollen.

(3) Das Vorgehen in Syrien beruht mit hoher Wahrscheinlichkeit auf einer vorsätzlichen False-Flag-Operation, denn der behauptete Giftgaseinsatz Assads gegen die eigene Bevölkerung entbehrt jeden Sinns. Erschwerend kommt hinzu, dass die einzigen Zeugen für den behaupteten Giftgaseinsatz sog. Weißhelme sind, also Angehörige einer als humanitär bezeichneten, US-finanzierten Organisation, deren Auftreten bei False-Flag-Operationen seit Jahren notorisch ist. Der jetzige Luftangriff einschließlich der Behauptung,

die Giftgasproduktions- und Lagerstätten vernichtet zu haben, ist geeignet, den Kritikern das Argument zu nehmen, nichts unternommen zu haben. Da Assad das Land weitgehend unter Kontrolle hat, muss die Kriegspartei künftig nach neuen Anlässen suchen. Am wahrscheinlichsten ist ein neuerlicher Giftgaseinsatz, der zugleich belegen wird, dass der jetzt erfolgte Luftschlag nicht ausreichend war.

Doch was immer die Anti-Trump-Fronde, die zugleich die Kriegspartei der USA ist, in den kommenden Wochen und Monaten ausheckt, um den Präsidenten zu Fall zu bringen, sie wird lernen müssen, dass die USA es heutzutage mit einem Problem von ganz anderem Kaliber als Steuer- und Zollfragen, dem Nahen Osten und Russland zu tun haben. Das ist der Wirtschaftskrieg mit China, der von diesem eröffnet wurde und alles übertreffen wird, was die USA in den letzten anderthalb Jahrhunderten in ihrer Rolle als weiße Ritter der Menschenrechte an Abenteuern auf dieser Erde zu bestehen gesucht haben.

Auch das haben intelligente, aber wenig kluge Leute in Washington bereits vorausgedacht. Ihre Studie für eine Auseinandersetzung mit China sieht so aus: Ein militärischer, selbstredend atomarer Erstschatz kostet die Chinesen 275 Millionen Menschen, zuzüglich 50 Millionen an Strahlenopfern. Nachzulesen in den Pentagon-Papieren. Hoffentlich sagt einer dieser intelligenten, aber unklugen Planer dem dann an der Macht befindlichen US-Präsidenten, dass solche Schläge nicht unbeantwortet bleiben werden, und *nine-eleven* – wie es im Amerikanischen so kurz und dramatisch heißt – dagegen wie ein laues Lüftchen gewesen sein wird.